

„Hitze ist kein Randgruppenthema mehr“

Klima. Rekordwerte bei Hitzetagen und Tropennächten machen zwei Drittel der Gesellschaft zur Risikogruppe. Doch Maßnahmen stoßen auf Hürden.

VON KLAUS HÖFLER

Er heißt Michel. Der Mann ist 1,75 Meter groß, 75 Kilo schwer, rund 35 Jahre alt, sportlich - und bestimmt, wann sich an heißen Sommertagen die Hitzebelastung im grünen, gelben, orangen oder roten Bereich befindet. An ihm orientieren sich die Wetterdienste in Deutschland und Österreich, ob sie eine Hitzewarnung ausgeben oder nicht. Das Kuriose dabei: Michel gibt es gar nicht.

Länder warnen verschieden

Er ist nur eine Annahme. Ein Role-Model für den Wärmehaushalt eines Menschen. Seine Gardemaße dienen als Basis für allgemeine Berechnungen zu Wärmebelastung und Kältestress. „Und darin liegt der Hund begraben“, sagt Marlies Kriegler, Leiterin der Regionalstelle Steiermark von Geosphere Austria. Denn das tatsächliche Hitzeempfinden und seine physischen und psychischen Folgen sind hoch individuell. Der seit 2017 existierende staatliche Hitzeschutzplan, die daraus im vergangenen Jahr abgeleitete Hitzeschutzverordnung und diverse Warndienste per Mail, SMS oder WhatsApp bleiben damit - zusammen mit Mittelwerten aus tatsächlich gemessener Tagesmaximaltemperatur und der gefühlten Tem-

peratur - eine (notwendige) generalisierende Annäherung. Nicht die einzige Unschärfe.

„Wenn man sich im europäischen Vergleich anschaut, wann gewarnt wird, ist das leider nicht sehr homogen“, so Kriegler: Demnach misst man in Deutschland die gefühlte Temperatur am frühen Nachmittag. Sowohl in England als auch Frankreich nimmt man zwar die Maximaltemperatur als einen Parameter, was das Minimum angeht, herrscht aber ein unterschiedliches Empfinden. „Die Franzosen ignorieren die Hitze, wenn die Temperatur in

der Nacht unter 20 Grad fällt und es sich damit um keine Tropennacht handelt“, so Kriegler beim jüngsten steirischen

„Klima- und Energieforum“ des Climate Change Centre Austria (CCCA) in Graz. In Großbritannien spricht man dagegen bereits von einer Hitzewelle, wenn die Nächte wärmer als 15 Grad sind, in der Schweiz dient wiederum kein einmalig gemessener Wert, sondern ein gleitendes, alle zehn Minuten erhobenes arithmetisches Mittel als Bewertungsgrundlage. Kriegler könnte sich für Österreich einen Wechsel zur eidgenössischen

“

Jede Wohnung hat ein anderes Risiko.

Marlies Kriegler, Geosphere Austria



Was als zu heiß empfunden wird, ist sehr individuell. (Image / Beata Zawrzel)

lebt, hat ein individuelles Risiko, jede Person kann in ihrem Leben einmal klimavulnerabel sein, zum Beispiel eine junge, gesunde Frau, die im Juli hochschwanger ist, oder ein sportlicher Mann, der wegen eines gebrochenen Beins für kurze Zeit im Rollstuhl sitzt“, relativiert Daniela Haluza, Umweltmedizinerin am Zentrum für Public Health der Med-Uni Wien. Dazu kommen Mehrfachbelastungen, die entscheidend sein können. „Es sind nicht immer nur alte Menschen oder immer Kinder, vielmehr geht es um Überlappungen von Vulnerabilität sowie sozioökonomischen Status und Geschlecht“, verweist Gabriel Bachner vom Wegener Center für Klima- und Globalwandel der Unit Graz auf Teilergebnisse eines Forschungsprojekts, bei dem die Verteilung von Klimarisiken in der Gesellschaft untersucht wurde.

Alte, alleine, arm

Insgesamt können die Forschenden aber einzelne Risikoprofile herausdestillieren: armutsbetroffene Menschen, Alleinerziehende, Alleinstehende, Migrantinnen und Migranten, Obdachlose sowie urbane Hitzeinseln, aber auch ländliche Randzonen. „Aktuell gilt rund ein Viertel bis Fünftel der Bevölkerung als akut gefährdet“, quantifiziert Bachner. „Richtung Worst-Case-Szenario im Hinblick auf die demografische Entwicklung und zunehmende Klimaerwärmung skaliert, rutschen allerdings zwei Drittel der Bevölkerung in den Hochrisikobereich“, warnt er: „Das ist dann kein Randgruppenthema mehr.“

Fazit der Forschenden: „Einkommen ist ein ganz wichtiger Indikator für die Vulnerabilität. Aber einfach nur mehr Geld ‚reinzuschütten‘, ist oft nicht fair und löst auch das Problem langfristig nicht“, gibt Bachner zu bedenken. Vielmehr müsse darauf geachtet werden, „die Resilienz der Gesellschaft, aber auch der Individuen zu stärken.“

FORSCHUNGSFRAGE

Schaden Musikskandale – oder steigern sie die Streaming-Zahlen?

Ob sich Negativschlagzeilen über Popstars negativ oder positiv auf deren Hörerzahlen auswirken, untersuchte ein Team mit Wiener Beteiligung.

VON MICHAEL LOIBNER

Sexuelle Übergriffe, rassistische Bemerkungen, Drogenexzesse - Stars aus der Musikbranche sorgen nicht immer nur durch ihre künstlerischen Darbietungen für Schlagzeilen. Forschungsteams unter Beteiligung der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien untersuchten nun, wie die Fans auf derartige Skandale reagieren. Konkret: Werden die Hits trotzdem auf den gängigen Streaming-Plattformen aufgerufen und gehört oder müssen die betroffenen Interpreten wirtschaftliche Einbußen hinnehmen, weil die Streaming-Zahlen einbrechen?

Unter die Lupe genommen wurden vier Künstler, die in den vergangenen Jahren für unrühmliches Aufsehen gesorgt hatten: R&B-Sänger R. Kelly, der nach seiner Verurteilung wegen mehrfachen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger für 31 Jahre hinter

Gitter geschickt wurde, Rapper Sean „Diddy“ Combs, der wegen Gewalttätigkeiten derzeit eine vierjährige Haftstrafe verbüßt, die Rockband Rammstein, deren Verfahren wegen angeblicher sexueller Übergriffe aus Beweismangel eingestellt wurde, und Country-Star Morgan Wallen, der sich nach einer rassistischen Bemerkung zu einer Entschuldigung durchringen musste.

Trennung Künstler und Werk

„Bei Combs, Rammstein und Wallen ließ sich kein nachhaltiger Rückgang der Streaming-Nachfrage feststellen“, zieht Nils Wlömert vom Institut für Retailing and Data Science, Co-Autor der Studie, Bilanz. „Und das trotz massiver öffentlicher Kritik, millionenfacher Social-Media-Beiträge und Boykottaufrufen.“ Dies weise darauf hin, dass die Konsumentinnen und Konsumenten „Künstler und Werk zu-

mindest im Streaming-Kontext voneinander trennen“.

Die umfangreiche mediale Berichterstattung über die Fälle habe die Zahl der Song-Aufrufe sogar kurzfristig erhöht. Wlömert: „Das passt zum ‚Streisand-Effekt‘ und zur Forschung, wonach selbst negative Publicity den Konsum ankurbeln kann, da sie Bekanntheit und Interesse an den Betroffenen steigert. Boykottforderungen können also ungewollt wie Werbung wirken.“ Eine TV-Doku über R. Kelly verdoppelte dessen Streaming-Zahlen, nach Diddys Verhaftung schnellten die Aufrufe seiner Hits um 50 Prozent nach oben - wobei es weniger neugierige Neuhörer waren, die die Lautsprecher aufdrehten, als vielmehr treue Fans, die sich das Œuvre des Künstlers in Erinnerung rufen wollten. Diese Trends waren unabhängig vom Musikgenre zu beobachten und auch unabhängig von der Schwere der Vorwürfe.



WU Wien

“

Boykottforderungen können ungewollt wie Werbung wirken.

Nils Wlömert, WU Wien

„Der zentrale Befund ist, dass nicht diese Dinge über einen Rückgang der Nachfrage entscheiden, sondern die Frage, ob die Streaming-Plattformen angebotsseitig eingreifen“, sagt Wlömert. Im Fall R. Kelly hatte eine der größten Plattformen die Songs des Amerikaners als Folge der öffentlichen Empörung nach Aufkommen der Vorwürfe aus den redaktionellen Playlists und aus den Empfehlungen gestrichen. Sie blieben zwar im Katalog, konnten aber nur abgerufen werden, wenn man aktiv nach ihnen suchte. So brach die Nachfrage nach einem der beliebtesten Songs, „Ignition (Remix)“, um 37 Prozent ein. Titel, die zwar bekannt sind, aber zuvor auf keiner Playlist standen, verzeichneten geringere Rückgänge. Wlömert: „Entscheidend ist die Sichtbarkeit auf der Plattform.“

Was wollten Sie immer schon wissen? Senden Sie Fragen an: wissen@diepresse.com